

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Klaus Parmentier

Zum Problem der Lehrerabsorption

11. Jg./1978

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zum Problem der Lehrerabsorption

Überlegungen zur längerfristigen Lösung der Beschäftigungsprobleme im Bildungsbereich.

Klaus Parmentier*

Die aktuellen Arbeitsmarktprobleme von Lehramtsabsolventen haben zu einer lebhaften Diskussion über alternative berufliche Verwendungsmöglichkeiten pädagogischer Qualifikationen geführt. Auch die Bundesanstalt für Arbeit bzw. das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind in diesem Zusammenhang aufgefordert, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Da abzusehen ist, daß es sich bei den hier zutage getretenen Beschäftigungsengpässen nicht um ein Übergangsproblem handelt, sondern um ein Abstimmungsproblem von grundsätzlicher Bedeutung, werden hier Überlegungen zur Diskussion gestellt, die dazu beitragen sollen, längerfristig auf diesem Teilarbeitsmarkt Friktionen vermeiden zu helfen. Dabei kommt diesen Überlegungen durchaus auch exemplarische Bedeutung im Hinblick auf andere Ausbildungsabschlüsse zu.

Ausgehend von einer Analyse der externen, d. h. nicht auf den Schulbereich bezogenen beruflichen Mobilität auf der Basis traditioneller Lehramtsstudiengänge wird versucht aufzuzeigen, durch welche Hemmnisse die berufliche Mobilität in diesem Bereich bisher erschwert wurde und welche Folgerungen sich daraus für die künftige Lehrerausbildung ergeben, wenn man längerfristig ein Mehr an elastischen Reaktionsmöglichkeiten auf Ungleichgewichtssituationen auf diesem Teilarbeitsmarkt anstrebt. Zentrale Überlegungen sind dabei:

- Fach- und erziehungswissenschaftliche Elemente der Lehrerausbildung sollten sich nicht primär an schulischen Denk- und Verwendungskategorien orientieren, sondern auch andere berufliche Verwendungsbereiche berücksichtigen.
- Eine derartige Umorientierung der Lehrerausbildung müßte sich auch in veränderten Abschlußbezeichnungen niederschlagen, um von vornherein Informationsdefizite über die tatsächlichen Qualifikationsinhalte der Lehrerausbildung auf Grund der gewählten Abschlußbezeichnung zu vermeiden, ergänzt um eine verbesserte Information des Beschäftigungssystems über die tatsächlichen Ausbildungsinhalte der „Lehrerausbildung“, da nicht das gesamte Qualifikationsbündel einer Ausbildung in einer Abschlußbezeichnung eingefangen werden kann.
- Abbau institutioneller Mobilitätshemmnisse, die in den Ausbildungsvoraussetzungen, Laufbahnbestimmungen und Statuszumessungen des Beschäftigungssystems zu sehen sind.

Gliederung

1. Anlaß und Zielsetzung
2. Zur beruflichen Mobilität von Lehramtsabsolventen
3. Mobilitätshemmende Faktoren der bisherigen Lehrerausbildung
 - 3.1 Persönlichkeitsspezifische Faktoren
 - 3.2 Soziale Normen als Mobilitätshindernisse
 - 3.3 Information als Mobilitätshindernis
 - 3.4 Institutionelle Mobilitätshindernisse
4. Thesen zur künftigen Lehrerausbildung
5. Schlußbemerkung

1. Anlaß und Zielsetzung

Die sich immer mehr verschärfenden Beschäftigungsprobleme im Bildungsbereich und die in diesem Zusammenhang an die Bundesanstalt für Arbeit bzw. an das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung gerichteten Fragen nach Lösungsmöglichkeiten auf diesem Teilarbeitsmarkt legen es nahe, aus der Sicht der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Überlegungen zur Diskussion zu stellen, die nicht kurz- bzw. mittelfristige Notlösungen zum Ziel haben, sondern längerfristig Friktionen vermeiden helfen.

Dabei geht es in erster Linie um Überlegungen zur Absorptionsproblematik außerhalb des schulischen Bereichs, da für den schulischen Bereich bereits seit geraumer Zeit von den

hierfür zuständigen Gremien entsprechende Überlegungen diskutiert werden. Hier sei insbesondere auf die Arbeiten der Kommission „Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer“ der Kultusministerkonferenz hingewiesen. Hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer außerhalb des öffentlichen Schulwesens begnügt man sich bislang mit Appellen an die Arbeitsverwaltung bzw. mit der Initiierung von Modellversuchen zur Entwicklung polyvalenter Studiengänge.

Mit den von den Kultusverwaltungen geforderten verstärkten Anstrengungen seitens der Arbeitsverwaltung, für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer außerhalb des Schuldienstes Sorge zu tragen, können jedoch die hier zutage getretenen Beschäftigungsprobleme nur unvollständig gelöst werden. Auch Arbeitsbeschaffungs- oder Umschulungsmaßnahmen für nicht eingestellte Lehramtskandidaten allein können die Probleme auf diesem Teilarbeitsmarkt auf Dauer nicht lösen. Gemeinsames Ziel aller Beteiligten sollte es sein, nicht nur Notlösungen zu diskutieren, sondern sich auch über langfristig wirksame Lösungsmöglichkeiten auf diesem Teilarbeitsmarkt zu verständigen, da abzusehen ist, daß es sich bei den hier zutage getretenen Beschäftigungsengpässen nicht um ein Übergangsproblem, sondern um ein Abstimmungsproblem von grundsätzlicher Bedeutung handelt. Hierzu gehören auch Überlegungen, die über die spezifischen Probleme dieses Teilarbeitsmarktes hinausgehen und die Gesamtproblematik der quantitativen und qualitativen Abstimmung zwischen Ausbildungsplatzangebot und Beschäftigungssystem betreffen¹⁾.

Es bedarf demnach der Entwicklung von langfristig wirksamen Strategien der Lehrerabsorption, nicht im Sinne von „Ausweichstrategien“, ausgelöst durch die aktuelle Beschäftigungsproblematik, sondern von Strategien, die – unabhän-

* Klaus Parmentier ist Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

¹⁾ Vgl. hierzu Mertens, D., Beziehungen zwischen Qualifikation und Arbeitsmarkt, in: Jugendarbeitslosigkeit, Köln 1976, S. 68 ff.

gig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage – möglichst viele Aspekte elastischer Reaktionen bzw. Reaktionshemmnisse auf Ungleichgewichtssituationen auf diesem Teilarbeitsmarkt mit einbeziehen, da sich gezeigt hat, daß der quantitativen Abstimmung von Lehrerangebot und Lehrbedarf auf der Basis projektiver Vorausschätzungen Grenzen gesetzt sind. Damit ist die Zielsetzung dieser Überlegungen bereits ange-deutet:

Es soll untersucht werden,

- welche elastischen Reaktionsmöglichkeiten auf Ungleichgewichtssituationen es auf diesem Teilarbeitsmarkt bereits gibt bzw. gab – nicht i. S. der Analyse interner, d. h. auf den

Schulbereich bezogener Mobilitätsmöglichkeiten, sondern der darüber hinausgehenden externen Mobilität -,

- durch welche Faktoren derartige Elastizitäten bisher erschwert wurden bzw. sich einer möglichen Ausweitung in den Weg stellen und

- welche Folgerungen sich daraus für die künftige Lehrerausbildung ergeben, wenn ein Mehr an elastischen Reaktionsmöglichkeiten angestrebt wird (Flexibilisierungsstrategien)²⁾.

Zunächst noch einige Vorbemerkungen:

(1) An sich gehören curriculare Fragestellungen nicht zu den Kernaufgaben einer arbeitsmarktorientierten Berufsforschung. Andererseits kann die gesamtgesellschaftlich aber auch die individuell bedeutsame Abstimmungsaufgabe an der Nahtstelle zwischen dem System der beruflichen Bildung und dem Beschäftigungssystem nicht zufriedenstellend gelöst werden, wenn nicht auch Arbeitsmarktaspekte bei der Curriculumgestaltung mit berücksichtigt werden. Dabei stellt eine weitgehende Lösung von spezifischen Arbeitsplatzanforderungen, wie es z. B. Lernziele nach Art der Schlüsselqualifikationen vorsehen, sicher genausowenig eine optimale Lösung dar, wie die möglichst genaue Ausrichtung einer Ausbildung auf einen bestimmten Arbeitsplatz. „Die Suche gilt also jeweils der ökonomischen Mitte zwischen Generalisierung und Konkretisierung der Ausbildung . . . Ein generell gültiges curriculares Patentrezept für Bildungsplanung und individuelle Ausbildungsstrukturierung wird sich nicht finden lassen. Deshalb wird in gewissem Umfang immer mit Klagen über Diskrepanzen zwischen Ausbildungsinhalten und Arbeitsplatzanforderungen gerechnet werden müssen.“³⁾

Es bleibt jedoch damit die enge Verzahnung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik festzuhalten. „Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik muß es . . . sein, in enger Koordination mit der Bildungspolitik, die sich aus den Arbeitsmarktentwicklungen abzeichnenden Erkenntnisse rechtzeitig zu erstellen und verfügbar zu machen, damit das Recht, den Beruf frei zu wählen, und die Möglichkeit, ihn auch ausüben zu können, gemeinsam optimal verwirklicht werden. Die Bundesanstalt für Arbeit kann dazu beitragen durch eine intensive Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die wahrscheinlichen Entwicklungen einschließlich möglicher Fehlentwicklungen bei gegebenen Zielinterpretationen und Zielgewichtungen rechtzeitig zu diagnostizieren, so daß sie sowohl in die Planung der Bildungspolitik eingehen können als

auch bei der Berufswahl dem einzelnen als Entscheidungshilfe verfügbar gemacht werden können.“⁴⁾

(2) Gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen handelt es sich bei den Lehrern nur um eine relativ kleine Gruppe. 1977 waren ca. 2 % aller Erwerbstätigen als Lehrer tätig. Gemessen an der Zahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen sind es dagegen knapp 40 %, und dieser Anteil steigt von Prüfungsjahrgang zu Prüfungsjahrgang.

Waren z. B. von den Akademikern, die vor 1950 ihr Examen abgelegt hatten, im Jahre 1970 ca. 31 % als Lehrer tätig, so waren es von denen, die zwischen 1951 und 1960 ihre Prüfung absolvierten, bereits 35 % und von den Absolventen zwischen 1961 und 1970 bereits 48 %. Das muß allerdings nicht bedeuten, daß auch jeder zweite Hochschulabsolvent zwischen 1961 und 1970 eine Lehramtsprüfung abgelegt hat. Mit Sicherheit gehören zur Gruppe der berufstätigen Lehrer auch Hochschulabsolventen anderer Disziplinen, die infolge des großen Lehrermangels in diesen Jahren sich erst nach Abschluß ihres Studiums für den Lehrerberuf entschieden haben.

Bezogen auf vergleichbar ausgebildete Erwerbstätige handelt es sich demnach durchaus um eine relevante Beschäftigten-gruppe. Hinzu kommt, daß die derzeitigen Friktionen ein Problem haben deutlich werden lassen, das zum einen zwar typisch ist für die Situation auf diesem Teilarbeitsmarkt, zum anderen aber durchaus exemplarische Bedeutung gewinnt, wenn man sich über langfristige Lösungsmöglichkeiten Gedanken macht.

(3) Flexibilisierungsstrategien haben auch in Zeiten der Unterbeschäftigung ihren Sinn, wenn auch gegenüber Zeiten der Vollbeschäftigung mit teilweise modifiziertem Akzent. „Die Akzentänderung liegt darin, daß früher Flexibilität benötigt wurde, um Wachstumsreserven, deren Nachfrageseite gesichert war, von den Faktoren her ausschöpfen zu können, mit der Wirkung, daß Flexibilität und Aufstieg fast Synonyme waren, und zwar sowohl für Arbeitnehmer wie für Unternehmen, während nun Flexibilität erforderlich wird, um für die Wachstumsreserven, die in den unterbeschäftigten Faktoren liegen, auch die letzte Chance von Nachfrage zu erschließen, mit der Wirkung, daß Flexibilität schon zur Bestandssicherung gebraucht wird. Mobilitätsförderungs-diskussionen und -instrumente sind also recht populär, der Flexibilitätsdruck könnte unter den neuen Akzenten sogar eher noch zunehmen.“⁵⁾

Hinzu kommt, daß sich die Diskussion um langfristige Lösungsmöglichkeiten auf diesem Teilarbeitsmarkt von der aktuellen Beschäftigungslage möglichst weitgehend lösen sollte. Auch wenn alle Lehramtsabsolventen als Lehrer eingestellt werden könnten, wären entsprechende Überlegungen sinnvoll und notwendig.

2. Zur beruflichen Mobilität von Lehramtsabsolventen

Zu der Frage, welche elastischen Reaktionsmöglichkeiten auf Ungleichgewichtssituationen im Hinblick auf die Übernahme von Nichtlehrerfunktionen es auf diesem Teilarbeitsmarkt bereits gibt bzw. gab, sind bisher kaum Untersuchungen bekannt. Das liegt nicht zuletzt daran, daß insbesondere in neuerer Zeit keine arbeitsmarktlichen Notwendigkeiten für derartige Vorhaben gesehen wurden. Es gab kaum Beschäftigungsempässe für Lehrer. Im Gegenteil, man versuchte, durch den Einsatz von Nichtpädagogen dem chronischen Lehrermangel entgegenzuwirken.

Überlegungen in Bezug auf eine Neuordnung der Lehrerausbildung klammerten diesen Aspekt nahezu völlig aus, wenn

²⁾ Zur begrifflichen Abgrenzung vgl. Kaiser, M., Schwarz, U., Berufliche Flexibilität und Arbeitsmarkt, Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, H. 7, 1. Auflage 1977

³⁾ Mertens, D., Beziehungen zwischen Qualifikation und Arbeitsmarkt, a. a. O.

⁴⁾ Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1974, S. 114, 115

⁵⁾ Mertens, D., Einige herkömmliche und künftige Probleme der Flexibilitätsforschung aus der Sicht des IAB, in: Berufliche Flexibilitätsforschung in der Diskussion, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (BeitrAB) 30 (Hauptband), Nürnberg 1978, S. 5

man einmal von Bemühungen absieht, auf dem Arbeitsmarkt „Schule“ ein Mehr an elastischen Reaktionsmöglichkeiten zu schaffen. Im Gegenteil, es gab und gibt Bestrebungen, die den oben skizzierten arbeitsmarktlichen Notwendigkeiten zuwiderlaufen. Gemeint sind damit alle Bemühungen, die Lehrerausbildung stärker auf die Übernahme unterrichtlicher Funktionen zuzuschneiden, die fachdidaktische Ausbildung in die Lehrerausbildung zu integrieren (Stichwort: einphasige Lehrerausbildung). Und dies, obwohl man seitens der Universitäten – nach Meinung des Verfassers durchaus zu Recht – darauf hinweist, daß die Studienentscheidung noch keine berufliche Festlegung bedeutet. „So liegt der Sinn des Studiums nicht in der Erlangung einer Berufsberechtigung oder eines Berufstitels, sondern in der *Entscheidungsfreiheit zu einem Beruf* (Hervorhebung durch den Verfasser). Viele der heutigen akademischen Grade sind berufsbezogen, aber ihr Besitz besagt nicht, daß ihr Träger beruflich voll gebildet ist. Der verliehene akademische Grad bekundet nur, daß sich der Titelinhaber mit theoretischen Fragen einer bestimmten Wissenschaft oder mehrerer Wissenschaftsgebiete erfolgreich befaßt hat.“⁶⁾

Wenn dem so ist, dann stellt sich allerdings mit besonderer Dringlichkeit die Frage nach einer derartigen Entscheidungsfreiheit nach Abschluß des „Lehrerstudiums“, und zwar unabhängig von den jeweiligen Versorgungslagen. Zunächst sollte allerdings geklärt werden, ob und inwieweit auf der Basis traditioneller Lehramtsstudiengänge bereits elastische Reaktionsweisen zu konstatieren sind. Daraus ließen sich dann ggfs. Hinweise auf Absorptionspotentiale und Absorptionsmöglichkeiten außerhalb des pädagogischen Bereichs ableiten.

Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem können sowohl durch berufliche Mobilitätsvorgänge (auf der Seite der Arbeitskräfte) als auch durch berufliche Substitutionsvorgänge (auf der Seite der Arbeitsplätze) aufgefangen werden.

Auf der Seite der Arbeitskräfte setzt dies unter anderem voraus, daß die in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse beruflich vielseitig verwertbar sind. Wenn man vom bisherigen Durchschnitt der Lehrerausbildung ausgeht, dann ist – von Ausnahmen abgesehen – genau das Gegenteil festzustellen, nämlich eine nahezu ausschließliche Fixierung der Ausbildung auf die unterrichtliche Tätigkeit. Sind dennoch „Mobilitätsspielräume“ für Lehramtsstudiengänge vorhanden? (Die Frage nach Substitutionsspielräumen auf der Seite der Arbeitsplätze bleibt in diesem Zusammenhang außer Betracht.)

Eine Möglichkeit zur Feststellung derartiger Mobilitätsspielräume stellen Deckungsuntersuchungen von Ausbildungsinhalten dar⁷⁾. Danach lassen sich Verwandtschaftsgrade zwischen Ausbildungsinhalten bestimmen, die die berufliche Mobilität erleichtern oder erschweren (im Falle hoher bzw. niedriger Überdeckung der Ausbildung). Entsprechende Analysen, die auch Lehramtsstudiengänge mit einbeziehen, sind nicht bekannt. Im Rahmen dieses Beitrages wird daher nicht von derartigen Mobilitätspotentialen sondern realisierter Mobilität ausgegangen, zumal – wie sich später zeigen wird – trotz mit Sicherheit vorhandener hoher Überdeckungen zwischen Ausbildungsinhalten von Lehramtsstudiengängen und Diplomstudiengängen und damit vorhandenen Mobilitätspotentialen, es eine Reihe von Hemmnissen gibt, die die berufliche Beweglichkeit von Lehramtsabsolventen einschränken oder zumindest erschweren.

⁶⁾ Dörschel, A., Einführung in die Wirtschaftspädagogik, Berlin und Frankfurt a. M. 1960, S. 139

⁷⁾ Ulrich, E., Deckungsuntersuchungen für Ausbildungsinhalte als Elemente einer beruflichen Substitutionsanalyse, in: Mitt(IAB) 10/1969, S. 823-836

Zur Klärung der Frage nach der realisierten Mobilität, nicht im Sinne interner nur auf den Schulbereich bezogener beruflicher Beweglichkeit, sondern der darüber hinausgehenden externen Mobilität, können die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 herangezogen werden. Da im Rahmen einer derartigen Zählung allerdings nur Bestandsgrößen ermittelt werden, ergeben sich zu den tatsächlichen Mobilitätsvorgängen auf dem Arbeitsmarkt kaum Anhaltspunkte. Möglich ist es nur, mit bestimmten Einschränkungen das Ausmaß und die Struktur der außerschulischen Berufsmöglichkeiten für Lehramtsabsolventen zu beschreiben, ohne konkret angeben zu können, auf welchen beruflichen Wegen oder auch Umwegen Lehramtsabsolventen in die 1970 ausgeübten Tätigkeiten eingemündet sind. Geht man jedoch in diesem speziellen Fall von der sicher nicht unrealistischen Annahme aus, daß Lehramtsabsolventen, die einmal im Schuldienst tätig geworden sind, diesen in der Mehrzahl der Fälle auch nicht wieder verlassen – von Ausnahmen einmal abgesehen – und Lehramtsabsolventen, die nicht unmittelbar in den Schuldienst übergegangen sind, in diesen nach einer gewissen Zeit aus Gründen der formalen Zugangsvoraussetzungen (wie z. B. Lebensalter) im allgemeinen auch nicht wieder übergehen können, dann ergeben sich aus den dargestellten Strukturen auch Hinweise auf tatsächliche Mobilitätsvorgänge. Nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1970 übten zum Zeitpunkt der Zählung rund 11 % der erwerbstätigen Hochschulabsolventen, die angegeben hatten, eine Lehramtsprüfung absolviert zu haben, keine Lehrertätigkeiten aus. Die Einschränkung, Angabe der Lehramtsprüfung, ist insofern wichtig, als Absolventen des höheren Lehramts statistisch nur dann gesondert ausgewiesen worden sind, sofern keine Angaben zur Hauptfachrichtung vorlagen. Das hatte zur Folge, daß die Zahl der Gymnasiallehrer – wenn man von der Fachrichtung „Höheres Lehramt“ ausgeht – wesentlich unter der tatsächlichen Zahl an Absolventen liegt: 28500 erwerbstätige Hochschulabsolventen hatten im Rahmen der Befragung angegeben, ein Lehramt an Gymnasien – ohne Angabe der Fachrichtung – studiert zu haben; dagegen hatten 111 000 erwerbstätige Hochschulabsolventen angegeben, als Gymnasiallehrer tätig zu sein. Das bedeutet, Angaben zu Mobilitätsspielräumen sind bei Absolventen des höheren Lehramts nur für diese „Restgruppe“ (28500 Hochschulabsolventen) möglich. Auf eine gesonderte statistische Analyse wurde daher verzichtet.

Für das Lehramt an Volks-, Real- und Sonderschulen (1970: 179600 erwerbstätige Hochschulabsolventen) gelten derartige Einschränkungen nicht. Allerdings war für die statistische Analyse eine weitere Differenzierung nicht möglich. Auch die übrigen Lehrämter konnten nicht gesondert dargestellt werden (1970: 74 000 erwerbstätige Hochschulabsolventen).

Die eingangs festgestellte Quote von 11 % für den Anteil derjenigen Lehrer, die nicht im Lehrerberuf tätig sind bzw. waren, ist das Ergebnis einer Querschnittsanalyse zum Zeitpunkt der Volks- und Berufszählung 1970. Unter Berücksichtigung des zusätzlichen Merkmals „Zeitpunkt der Hochschulprüfung“ sind differenziertere Aussagen zur beruflichen Mobilität von Lehramtsabsolventen möglich (vgl. Tabelle 1). Nach Prüfungsjahrgängen (1930 bis 1969) aufgeschlüsselt zeigt sich, daß der Anteil der nicht im Lehrerberuf tätigen Lehramtsabsolventen zwischen nahezu 30% (Jahrgang 1945) und rund 5% (Jahrgang 1967) schwankt. Dabei ist tendenziell nach 1950 eine zunehmende Konzentration auf Lehrertätigkeiten festzustellen. Während die Absolventen der Prüfungsjahrgänge bis zum Jahre 1950 hinsichtlich außerschulischer Tätigkeiten deutlich über dem durchschnitt-

Tabelle 1

Anteil der nicht im Lehrerberuf tätigen Lehramtsabsolventen nach Prüfungsjahrgängen (Prüfungsjahrgang = 100).

Prüfungsjahrgang	Lehramtsabsolventen	
	insgesamt	darunter: für das Lehramt an Volks-, Real- u. Sonderschulen
1930	20,8	–
1931	12,2	–
1932	12,4	–
1933	15,7	16,0
1934	15,9	13,6
1935	18,5	18,2
1936	14,5	13,0
1937	13,6	11,5
1938	15,3	12,6
1939	15,0	11,4
1940	16,6	15,5
1941	13,4	9,7
1942	18,2	17,5
1943	17,5	12,3
1944	19,1	19,0
1945	29,1	25,5
1946	23,0	20,2
1947	14,0	13,0
1948	14,6	12,9
1949	12,7	9,3
1950	12,4	11,4
1951	8,1	7,2
1952	12,1	11,8
1953	10,1	9,1
1954	12,3	10,3
1955	9,6	8,9
1956	10,2	10,0
1957	9,1	9,2
1958	11,2	9,1
1959	13,2	11,8
1960	8,6	7,9
1961	9,4	7,8
1962	8,8	8,0
1963	10,0	8,4
1964	8,5	7,8
1965	7,6	6,8
1966	5,8	4,7
1967	4,5	3,3
1968	5,8	5,6
1969	5,5	4,9
Durchschnittlicher Anteil	11,4	10,0

Quelle: Volks- und Berufszählung 1970

lichen Anteil liegen, ist dieser Anteil bei denjenigen, die nach 1950 ihre Prüfung abgelegt haben, tendenziell rückläufig. Über die Gründe, die derartig unterschiedliche Reaktionsweisen verursacht haben – bei doch im wesentlichen unverän-

⁸⁾ Vgl. hierzu Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Analyse der Tätigkeitsfelder von Absolventen mit abgeschlossenem Lehramtsstudium, Veröffentlichung voraussichtlich im Herbst 1978.

dertem Zuschnitt der Lehrerausbildung, zumindest was die nahezu ausschließliche Orientierung an der unterrichtlichen Tätigkeit betrifft –, sind kaum gesicherte Aussagen möglich.

Ein sicherlich zutreffender Grund sind die unterschiedlichen Versorgungslagen. So spiegelt sich in der zunehmenden Konzentration auf Lehrertätigkeiten nach 1950 der chronische Lehrermangel dieser Jahre wider. Es bestand für Lehramtsabsolventen kein unmittelbarer Anlaß, nicht in den Lehrerberuf überzugehen. Entsprechend hoch sind die Anteile der „ausbildungsadäquat“ beschäftigten Lehramtsabsolventen. Möglicherweise ist hier – aufgrund aktueller und zu erwartender Diskrepanzen – mit einer Tendenzwende zu rechnen. Ob die Situation vor 1950 allein auf wesentlich andere Versorgungslagen zurückzuführen ist oder ob hier auch andere Gründe (etwa politische Entscheidungen) eine Rolle spielen, kann anhand der vorliegenden statistischen Unterlagen nicht belegt werden.

Möglicherweise spiegeln sich hier unterschiedliche Ausbildungsbedingungen oder bestimmte „Ausbildungsdefizite“ der Kriegs- und Nachkriegsjahre wider. Weitere mögliche Gründe können sein: Unterbrechung durch Kriegereignisse (Wehrdienst, Gefangenschaft); Entnazifizierung. Offen muß auch bleiben, inwieweit es sich bei den Lehramtsabsolventen in Nichtlehrertätigkeiten um Absolventen des ersten oder zweiten Staatsexamens handelt, da die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 in dieser Hinsicht keine Differenzierung zulassen.

Die Frage nach dem beruflichen Verbleib der nicht im Lehrerberuf tätigen Lehramtsabsolventen ist – worauf bereits hingewiesen wurde – nur für diejenigen Erwerbstätigen zu beantworten, die als Hauptfachrichtung des letzten Ausbildungsabschlusses ein „Lehramt“ angegeben haben. Insoweit gelten die folgenden zahlenmäßigen Angaben auch nur für diese Gruppe. Eine Übersicht hierzu bietet Tabelle 2. (Offen muß bleiben, ob die beruflichen Einmündungen eventuell mit einer weiteren Berufsausbildung zusammenhängen, da im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1970 nur der letzte Abschluß einer schulischen Berufsausbildung erfaßt worden ist und auch eine weitere Differenzierung nach zusätzlicher betrieblicher Ausbildung aufgrund des vorliegenden Datenmaterials nicht möglich war.)

Berufliche Schwerpunkte der nicht im Lehrerberuf tätigen Lehramtsabsolventen sind: kaufmännische Tätigkeiten einschließlich Büro- u. Verwaltungstätigkeiten (33 %), geistes- und naturwissenschaftliche Tätigkeiten (13%), der sozialpflegerische Bereich (7%), leitende Verwaltungstätigkeiten (6%), aber auch der Bereich der Herstellung (16%) sowie sachbezogene Dienstleistungsberufe (6 %). Bei der Interpretation dieser Angaben ist zu beachten, daß rund die Hälfte der Lehramtsabsolventen, die diese Tätigkeiten ausüben, ihr Examen vor 1950 abgelegt haben. Von allen Lehramtsabsolventen haben dagegen nur 32% ihre Prüfung vor 1950 abgelegt. Mithin zeigt sich bei den beruflichen Einmündungen außerhalb der Lehrertätigkeiten nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1970 ein deutlicher Schwerpunkt bei den älteren Lehramtsabsolventen. Die Ergebnisse sind insofern nicht ohne weiteres auf die heutige Situation übertragbar. Überlegungen zu den derzeitigen und künftigen Berufseinmündungschancen von Lehramtsabsolventen außerhalb des Lehrerberufs müssen daher ergänzend die Ergebnisse aktueller Analysen des beruflichen Übergangs von Lehramtsabsolventen berücksichtigen, die nicht im Schuldienst tätig geworden sind.⁸⁾

Geht man andererseits von denjenigen Erwerbstätigen aus, die z. B. im Rahmen des Mikrozensus 1976 angegeben hatten, einen Lehrerberuf auszuüben (Berufsgruppe 87) und un-

Tabelle 2

Verteilung der *nicht* im Lehrerberuf tätigen Lehramtsabsolventen nach der beruflichen Tätigkeit 1970 ¹⁾

Berufliche Tätigkeit	Lehramtsabsolventen					
	insgesamt		darunter: mit Hochschulabschluß 1950 und früher		darunter: für das Lehramt an Volks- Real- u. Sonderschulen	
	abs.	in %	abs.	in % v. Sp (1)	abs.	in %
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Kaufleute, Bürofachkräfte	9 500	33	5 100	54	6 200	34
Berufe im Bereich der Herstellung	4 700	16	2 800	59	2 800	16
Geistes- u. naturwissensch. Berufe	3 700	13	1 000	28	2 600	15
Sozialpflegerische Berufe	2 100	7	800	38	1 300	7
Leitende Verwaltungsfachleute	1 800	6	1 000	54	1 100	6
Sachbezogene Dienstleistungsberufe (z. B. Gastwirte, Hauswirtschaftl. Berufe, Dienst- und Wachberufe, Verkehrsberufe)	1 700	6	900	53	900	5
Ingenieure	1 300	5	600	44	700	4
Gesundheitsdienstberufe, Seelsorgehelfer	1 200	4	700	61	700	4
Berufe der Kommunikation, Künstler	1 200	4	600	48	700	4
Unternehmer, Geschäftsführer, Wirtschaftsprüfer	900	3	600	67	500	3
Rechtswahrer- u. -berater (z. B. Rechtsvollstrecker)	800	3	500	61	(400)	2
Insgesamt	28 900	100	14 600	50	17 900	100

¹⁾ Nur soweit ein Lehramt angegeben worden ist; Differenzen durch Runden der Zahlen

Quelle: Volks- und Berufszählung 1970

terscheidet hierbei nach den von den Befragten genannten Tätigkeitsschwerpunkten, dann zeigt sich, daß rd. 10% als Schwerpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit *nicht* „Forschen, Lehren, Ausbilden, Erziehen, Betreuen“ (so die Tätigkeitsmerkmale des Mikrozensus) ansehen, sondern z. B.:

Beraten (insbesondere in Berufs-/Erziehungs-/Lebensfragen)	2 %
Personal-/Sozialwesen, Ausbildung (einschl. derer, die sich noch in der Ausbildung befinden)	4 %
Organisation, Koordination, Direktion, Verwaltung	1 %
Andere Schwerpunkte	3 %

Das deutet zum einen darauf hin, daß offensichtlich ein Teil der nebenberuflich tätigen Lehrer (im Mikrozensus wird nicht nur die hauptberufliche Tätigkeit erfaßt) den Schwerpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit nicht im erzieherischen Bereich sehen, zum anderen aber auch darauf, daß auch Lehrer in ihrer hauptberuflichen Kompetenz offensichtlich breiter angelegt sind als allgemein vermutet.

Geht man umgekehrt vom Tätigkeitsschwerpunkt „Forschen, Lehren, Ausbilden, Erziehen, Betreuen“ aus und fragt danach, welche Berufsgruppen diesen als Schwerpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit ansehen, so ergibt sich folgendes Bild:

Berufskennziffer	Berufsbezeichnung	Anteile in %
87	Lehrer	61
86	Sozialpflegerische Berufe	15
01-09, 10-54, 97-99	Fertigungsberufe (einschl. Gewinner von Naturprodukten, Mineralien, Sonstige)	2
60-63	Technische Berufe	6
68-70	Waren- und Dienstleistungskaufleute	1
75-78	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	4
84-85	Gesundheitsdienstberufe	5
71-74, 79-81	übrige Dienstleistungsberufe	6
82, 83, 88, 89		
90-93		

100¹⁾¹⁾ Basis 624 000 Erwerbstätige, Quelle: Mikrozensus 1976

Dies zeigt, daß auch ein Großteil an „Nicht-Lehrern“ den Schwerpunkt ihrer beruflichen Tätigkeit im Bereich „Forschen, Lehren, Ausbilden, Erziehen, Betreuen“ sehen, mit hin in diesem beruflichen Kompetenzbereich – wenn man einmal von der jeweiligen Fachkompetenz absieht – mit dem „berufsmäßigen“ Pädagogen konkurrieren. Hieran könnte sich damit *auch* – langfristig gesehen – pädagogisches Handeln orientieren und nicht nur wie traditionell üblich *an schulischen* Lehr- und Lernprozessen.

Die nach Prüfungsjahrgängen unterschiedlichen Beschäftigungsstrukturen der Lehramtsabsolventen könnten die Vermutung nahelegen, daß auch in Zukunft auf diesem Teilarbeitsmarkt kaum mit größeren Friktionen zu rechnen ist, da sich Lehrer an die jeweilige Arbeitsmarktsituation offensichtlich äußerst flexibel anzupassen vermögen. Dagegen sprechen:

- die Schwierigkeit festzustellen, ob die dargestellten unterschiedlichen Reaktionsweisen allein auf unterschiedliche Versorgungslagen zurückzuführen sind oder auch andere Gründe eine Rolle spielen,
- die aktuellen und möglicherweise zu erwartenden Diskrepanzen auf dem Lehrerarbeitsmarkt, bei insgesamt – auch für Akademiker – angespannter Arbeitsmarktlage,
- die bisherigen beruflichen Einmündungen der nicht im Lehrerberuf tätigen Absolventen, die zum überwiegenden Teil kaum als „ausbildungsadäquat“ bezeichnet werden können und
- der bisherige Zuschnitt der Lehrerausbildung, der – mit wenigen Ausnahmen – eine freie Berufsentscheidung nach Studienabschluß quasi unmöglich macht und damit auch arbeitsmarktlichen Notwendigkeiten zuwiderläuft.

Es sind demnach Flexibilisierungsstrategien zu entwickeln, die unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage nicht nur ein Höchstmaß an individueller Entscheidungsfreiheit nach Studienabschluß garantieren, sondern auch den beschriebenen arbeitsmarktlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Das setzt voraus, daß man weiß, wodurch die bisherige berufliche Mobilität besonders erschwert wurde bzw. sich einer möglichen Ausweitung in den Weg stellt.

3. Mobilitätshemmende Faktoren der bisherigen Lehrerausbildung

In Anlehnung an eine von Werth entwickelte Typologie mobilitätshemmender Faktoren kann unterschieden werden zwischen

- persönlichkeitspezifischen Faktoren,
- soziale Normen als Mobilitätshindernisse,
- Information als Mobilitätshindernis und
- institutionelle Mobilitätshindernisse.⁹⁾

Im Rahmen dieses Beitrages wird dabei lediglich auf Mobilitätshemmnisse eingegangen, die sich unmittelbar mit der Lehrerausbildung verbinden, die demnach auch nur über entsprechende ausbildungsbezogene Strategien einflußbar sind. Dabei wird bewußt auf eine Differenzierung nach Lehrämtern verzichtet, obwohl sich hier im Hinblick auf die Fragestellung mit Sicherheit deutliche Unterschiede ergeben. Ziel kann daher nur sein, die generelle Mobilitätsproblematik im Hinblick auf die Lehrerausbildung zu beschreiben und damit ggfs. Anregungen für weiterführende Untersuchungen zu geben.

3.1 Persönlichkeitsspezifische Faktoren

Zu den persönlichkeitspezifischen Faktoren rechnet Werth

- Kapazitätsfaktoren, wie Intelligenz, Temperament, Eigenschaft oder bestimmte Fähigkeiten,
- Motivation und Motivstruktur sowie
- Einstellungen und Meinungen.

⁹⁾ Werth, M., Analyse mobilitätshemmender Motivationen, Göttingen 1974, S. 182 ff.

¹⁰⁾ Beck, U., Bolte, K. M., Brater, M., Qualitative Veränderungen der Berufsstruktur als Voraussetzung expansiver Bildungspolitik, BeitrAB 30 (2), Nürnberg 1978, S. 21

¹¹⁾ Beck, U., Bolte, K. M., Brater, M., a. a. O.

Die Mehrzahl der genannten Faktoren sind nicht allein umweltabhängig oder anlagemäßig fixiert, sondern durch intentionale und funktionale Erziehungsprozesse beeinflußt bzw. einflußbar. Indem die bisherige Lehrerausbildung – auch im Hinblick auf die fachlichen Schwerpunkte – nahezu ausschließlich an den erzieherischen Prozessen im Schulbereich orientiert ist, werden Fähigkeiten, Motivation und Einstellungen der zukünftigen Lehramtsabsolventen von diesem Ziel her geprägt, d. h. damit aber auch ihre Mobilitätsbereitschaft stark eingeschränkt.

Die Lehrerausbildung ist geradezu ein Musterbeispiel für die Dominanz spezialisierter Berufsbilder als Organisationsprinzip des Bildungs- und Beschäftigungssystems. „Indem . . . die Gliederungen des Bildungssystems die Berufsgliederungen und -teilungen reproduzieren und als persönliche Fähigkeitsdifferenzierung verfestigen, werden damit nicht nur in jedem Ausbildungsgang viel mehr Arbeitseinsatzmöglichkeiten aus- als eingeschlossen, sondern Bildungsgänge entscheiden damit auch indirekt über die mit den jeweiligen Berufsansprüchen verbundenen sozialen Ungleichheiten, über Status- und Einkommensrechte, über die Stellung in der Kooperation, über Abhängigkeit und Autonomie etc.“¹⁰⁾ In diesem Zusammenhang sind auch die durch den Bildungsgang geprägten Staturerwartungen zu sehen. „Ein Lehrer ist kraft Ausbildungskombination schon auf recht enge Arbeitsfelder festgelegt, aber seine Staturerwartungen verhindern dann auch noch, daß er etwa als Bibliothekar arbeitet, wozu er wohl fähig wäre, was aber u. U. einem sozialen Abstieg gleichkommt.“¹¹⁾ Das leitet über zu einem weiteren mobilitätshemmenden Faktor.

3.2 Soziale Normen als Mobilitätshindernisse

Mit der Dominanz spezialisierter Berufsbilder als Organisationsprinzip des Bildungs- und Beschäftigungssystems entwickeln sich über die Prägung individueller Persönlichkeitsfaktoren hinaus sowohl auf der Seite der Individuen als auch auf der Seite der Beschäftiger bestimmte soziale Normen über das, was als adäquates bzw. nicht-adäquates Verhalten bei der beruflichen Einmündung bzw. bei beruflichen Mobilitätsvorgängen angesehen wird. Jeder, der sich einmal – aus welchen Gründen auch immer – als ausgebildeter Lehrer (das gleiche gilt auch für eine Reihe anderer Fachrichtungen) um eine Nicht-Lehrertätigkeit beworben hat, wird bestätigen, welche Hindernisse individueller und gesellschaftlicher Art teilweise zu überwinden sind, um derartige soziale Normen zu durchbrechen. Auf der Seite der Individuen, aber auch auf der Seite der Beschäftiger, existieren gleichsam ganz bestimmte Rollenvorstellungen bzw. Rollenerwartungen, die trotz objektiv vorhandener Qualifikationselemente im Einzelfall ein flexibles Einstellungs- und Bewerberverhalten wenn nicht gar unmöglich machen, so doch mitunter erheblich erschweren. Besonders bedeutsam ist dies bei vollprofessionalisierten Ausbildungsgängen – wie beim Lehramtsstudium –, bei denen ein Abweichen von der üblichen Norm im Hinblick auf Berufseinmündung und berufliche Mobilität häufig als Versagen bzw. Scheitern interpretiert wird. Je nach der erreichten Nähe zum Lehrerberuf stellt sich das Problem nach den Erfahrungen der Arbeitsvermittlung allerdings unterschiedlich dar. Während man seitens der Beschäftiger bei Absolventen des ersten Staatsexamens die Entscheidung für Nicht-Lehrertätigkeiten noch akzeptiert, neigt man bei Absolventen des zweiten Staatsexamens eher dazu, eine derartige Entscheidung als berufliches Versagen oder Scheitern zu interpretieren.

Hinzu kommt, daß „die berufliche Kompetenz – Inkompetenz – Verteilung . . . von vornherein das Feld der jedem Be-

rufstätigen berechtigterweise offenstehenden Arbeiten ein(schränkt) und . . . ihn relativ dauerhaft darauf fest(legt). Will er andere als die in seinem Kompetenzbereich liegenden Arbeiten ergreifen, fehlen ihm entweder die dazu erforderlichen Qualifikationen oder er bricht unberechtigterweise in fremde Kompetenzdomänen ein.“¹²⁾

Eine der Hauptursachen für ein derartiges Rollendenken bzw. eine derartige Kompetenz-Inkompetenz-Verteilung ist in Informationsdefiziten sowohl auf der Seite der Individuen als auch auf der Seite der Beschäftigten zu sehen.

3.3 Information als Mobilitätshindernis

Das Problem der mangelnden Information über bestimmte Ausbildungskombinationen sowie die Möglichkeiten der Qualifikationsverwertung ist in erster Linie ein Problem der mangelnden Transparenz von Abschlußbezeichnungen und Arbeitsplatzanforderungen. Sowohl auf der Seite des Bildungssystems als auch auf der Seite des Beschäftigungssystems wird gleichsam versucht, sich anhand von „Kürzeln“ oder von „Etiketten“ zu orientieren. Selten bestehen exakte Vorstellungen darüber, was sich hinter bestimmten Abschlußbezeichnungen verbirgt, im Gegenteil, sehr häufig haftet diesen ein ganz bestimmtes Image an, das berufliche Einmündungen und Mobilität eher erschwert als erleichtert. Das gilt insbesondere für Lehramtsabsolventen, die sich durch die Abschlußbezeichnung „Lehrer“ – auch wenn ein Diplom davorsteht – von vornherein den oben beschriebenen Rollenerwartungen gegenübersehen. Absolventen mit der Abschlußbezeichnung „Lehrer“ sind gleichsam für die unterrichtliche Tätigkeit im Schuldienst „abgestempelt“ und gegenüber Nicht-Lehrern bei der Bewerbung um Nicht-Lehrer-Funktionen sehr häufig im Nachteil, selbst wenn objektiv die qualifikationsmäßigen Voraussetzungen vorliegen. Besonders deutlich wird der Absolvent des zweiten Staatsexamens nach den Erfahrungen der Arbeitsvermittlung mit derartigen Rollenerwartungen konfrontiert, sofern er Nicht-Lehrertätigkeiten anstrebt.

Ein Beispiel sind die Abschlüsse „Diplomkaufmann“ und „Diplomhandelslehrer“. Durch die Bezeichnung „Lehrer“ wird völlig übersehen, daß sich die Ausbildungsinhalte zu hohen Anteilen überdecken und daß sich demzufolge der „Lehrer“ durchaus auch für Tätigkeiten eignet, bei denen der pädagogische Aspekt der Ausbildung entweder überhaupt nicht oder nur zum Teil zum Tragen kommt. Ein derartiges Image verhindert aber auch, daß selbst Tätigkeiten, die zu hohen Anteilen pädagogische Qualifikationen erfordern – und das sind in weiten Bereichen des Staates und der Privatwirtschaft nicht wenige (s. o.) –, für Lehramtsabsolventen überhaupt in Betracht gezogen werden. Dies leitet über zu der Frage, ob es möglicherweise institutionelle Mobilitätshindernisse gibt.

3.4 Institutionelle Mobilitätshindernisse

Institutionelle Mobilitätshindernisse im juristischen Sinne der Anerkennung bzw. Nichtanerkennung von Ausbildungsabschlüssen scheint es im Hinblick auf die Lehrerausbildung grundsätzlich nicht zu geben. Das erste Staatsexamen wird im

allgemeinen als abgeschlossene Hochschulausbildung anerkannt und eröffnet demnach im allgemeinen auch – abgesehen von den oben beschriebenen Einschränkungen – den Zugang zu Nicht-Lehrertätigkeiten, obwohl auch betont werden muß, daß das fehlende zweite Staatsexamen die berufliche Einmündung zumindest in den Bildungsbereich – im weitesten Sinne – quasi unmöglich macht. Aus heutiger Sicht wäre daher zu fordern, den Lehramtsstudierenden auf jeden Fall diesen zweiten Ausbildungsabschluß zu ermöglichen, um nicht unnötige Einstellungshemmnisse gleichsam vorzuprogrammieren. Wenn man einmal von speziellen Tätigkeiten absieht, für die zwingend der Abschluß eines Diplom-Studiengangs vorausgesetzt wird, ergeben sich nach den Erfahrungen der Arbeitsvermittlung grundsätzlich keine institutionellen Mobilitätsbarrieren für Lehramtsabsolventen gegenüber Absolventen von Diplomstudiengängen. Fehlen vergleichbare Diplomstudiengänge, so fehlt es auch sehr häufig an entsprechenden beruflichen Einmündungsmöglichkeiten außerhalb des schulischen Bereichs, genauer gesagt, es fehlt an entsprechenden Vorstellungen über das, was über den schulischen Verwendungsbereich hinausgeht. „Es fällt einem nur alles ein, was zur kulturellen Belebung und zur Freizeit gehört. Zwar ist viel herumgedeutet worden an der Ausweitung dieser Bereiche in unserer modernen sogenannten Industriegesellschaft, aber es läßt sich erkennen, daß ihre systematische Entwicklung sogar in sehr entwickelten Ländern auf einen Mangel an finanziellen Mitteln stößt . . . Eventuelle Umorientierungen der Lehrerausbildungsanstalten auf diesem Gebiet wären also nur von großer Bedeutung, wenn sich ausreichende berufliche Arbeitsmöglichkeiten abzeichneten.“¹³⁾

Ein anderer Aspekt institutioneller Mobilitätshemmnisse ist in den Ausbildungsvoraussetzungen, Laufbahnbestimmungen und Statuszumessungen des Beschäftigungssystems zu sehen, die vertikale Substitutionsprozesse nicht nur erschweren, sondern zum Teil auch unmöglich machen, ganz abgesehen von den oben beschriebenen Statuserwartungen von Lehramtsabsolventen. Derartige Mobilitätshemmnisse gelten allerdings nicht allein für Absolventen des Lehramtsstudiums sondern generell für alle Hochschulabsolventen.

4. Thesen zur künftigen Lehrerausbildung

- Fach- und erziehungswissenschaftliche Elemente der Lehrerausbildung sollten sich nicht primär an schulischen Denk- und Verwendungskategorien orientieren, sondern auch andere berufliche Verwendungsbereiche berücksichtigen.

Eine derartige Orientierung kann allerdings nicht die möglichst genaue Ausrichtung der Ausbildung auf bestimmte – in Vergangenheit und Gegenwart festgestellte – Arbeitsplatzbedingungen und -Strukturen bedeuten. Auf die qualitative Abstimmungsproblematik zwischen den in der beruflichen Bildung vermittelten Lerninhalten und konkreten Arbeitsplatzanforderungen sei in diesem Zusammenhang hingewiesen, insbesondere was die Diskussion um die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen betrifft.¹⁴⁾

Wichtig ist es, den Lehramtsabsolventen – neben den fachlichen Schwerpunkten seiner Ausbildung – als „Fachmann für pädagogische und didaktische Fragen“ zu betrachten oder als „Spezialisten für Lehr- und Lernprozesse“¹⁵⁾, die sicher auch in anderen beruflichen Zusammenhängen von Bedeutung sind, als ausschließlich in der unterrichtlichen Tätigkeit in der Schule (s. o.). „Die Pädagogik ist heute weit geworden, sie denkt nicht mehr nur an Schule, an den Lehrer, sie weiß, daß das Erzieherische sich überall findet, selbstverständlich in der Familie, aber auch im Betrieb, im Büro, im Laden, auf dem Sportplatz, in der Jugendgruppe, beim Militär.“¹⁶⁾ Entspre-

¹²⁾ Beck, U., Bolte, K. M., Brater, M., a. a. O.

¹³⁾ Laderriere, P., Professionalismus oder polyvalente Ausbildung, Einführungsvortrag anläßlich einer Konferenz über „Die künftige Ausbildung von Lehrern in Europa“, Arbeitsgruppe 4, Lüttich, 21.-23. 6. 76

¹⁴⁾ Vgl. hierzu Mertens, D., Beziehungen zwischen Qualifikation und Arbeitsmarkt, a. a. O.; Mertens, D., Schlüsselqualifikationen, Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft, in: MittAB 1/1974, S. 36 ff.; Gaier, U., (Hrsg.), Germanisten ohne Zukunft, Empfehlungen zur Erhöhung der beruflichen Flexibilität germanistischer Studienabsolventen, Kronberg/Ts., 1978

¹⁵⁾ Laderriere, P., Professionalismus oder polyvalente Ausbildung, a. a. O.

¹⁶⁾ Wolf, K., Die Gerechtigkeit des Erziehers, München 1962, S. 7 ff.

chend diesem weiten Verständnis von Pädagogik ergäben sich - eine global ausgeglichene Beschäftigungsbilanz als derzeit vorausgesetzt - wesentlich breitere berufliche Ansatzmöglichkeiten für Lehramtsabsolventen als bei der traditionellen Orientierung an schulischen Erziehungsprozessen.

Gleichzeitig müßte der zukünftige „Lehrer“ aber auch eine bestimmte „berufliche Kompetenz“ auf seinem speziellen Fachgebiet - mit oder ohne Zusatzausbildung - zu erlangen in der Lage sein.

In diesen Fällen käme dann der pädagogische Aspekt der Ausbildung entweder überhaupt nicht oder kaum noch zum Tragen. Zu denken wäre hier z. B. an eine weitgehende Angleichung von Diplom- und Lehramtsstudiengängen, die allerdings - worauf z. B. im Rahmen eines Hearings zur Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen hingewiesen wurde - nur fachspezifisch zu lösen ist, „da es eine Reihe von Fächern gibt, in denen es (jedenfalls zur Zeit) keine vernünftige Alternative zum Lehrerberuf gibt.“¹⁷⁾

Damit wäre auch der Eindruck vermieden, der „Lehrer“ würde „unberechtigterweise in fremde Kompetenzdomänen“ einbrechen, sobald er sich nicht-pädagogischen Tätigkeiten zuwendet.

- Eine derartige Umorientierung der Lehrerausbildung müßte sich auch in veränderten Abschlußbezeichnungen niederschlagen. Wenn es zutrifft, daß sich z. B. die Abschlußbezeichnung „Lehrer“ im Hinblick auf berufliche Einmündung und Mobilität als eher hinderlich erweist, dann sollte man beispielsweise dazu übergehen, den fachlichen Schwerpunkt in der Abschlußbezeichnung stärker hervorzuheben, mit einem Hinweis auf den pädagogischen Aspekt der Ausbildung, also z. B. xyz-Wissenschaftler mit pädagogischer oder Unterrichtsbefähigung. Damit käme man weg von dem oben beschriebenen „normierten Bewerber- und Einstellungsverhalten“, das überwiegend auf die „Lehrerrolle“ fixiert ist.

- Mit derartig veränderten Abschlußbezeichnungen würde man aber auch ein weiteres Mobilitätshemmnis zumindest

zum Teil beseitigen, das oben als mangelnde Transparenz bzw. Information beschrieben wurde, da bestimmte Informationsdefizite über die tatsächlichen Qualifikationsinhalte der Lehrerausbildung aufgrund der gewählten Abschlußbezeichnung von vornherein vermieden werden. Darüberhinaus sollte allerdings auch eine verbesserte Information des Beschäftigungssystems über die tatsächlichen Ausbildungsinhalte der „Lehrerausbildung“ angestrebt werden, da nicht das gesamte Qualifikationsbündel einer Ausbildung in einer Abschlußbezeichnung eingefangen werden kann.

- Institutionellen Mobilitätshemmnissen der oben beschriebenen Art kann man nur dann erfolgreich begegnen, wenn es gelingt, die mangelnde Elastizität im Beschäftigungssystem, bedingt durch Ausbildungsvoraussetzungen, Laufbahnbestimmungen und Statuszumessungen möglichst weitgehend abzubauen. Dies ist mit Sicherheit ein langfristiger Prozeß, da derartige Veränderungen nur zum Teil staatlicherseits verordnet werden können und auch eine veränderte Erwartungshaltung bei den Absolventen voraussetzen.

5. Schlußbemerkung

Konkrete Schritte zum Abbau der beschriebenen Mobilitätshemmnisse vorzuschlagen, die ja zum Teil auch in curriculare Überlegungen einmünden, kann nicht Aufgabe der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sein. Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kann nur einige grundsätzliche Überlegungen zur längerfristigen Lösung der Beschäftigungsprobleme im Bildungsbereich zur Diskussion stellen. Die Umsetzung dieser Überlegungen in konkrete Maßnahmen - auch curricularer Art - wäre dann Sache der zuständigen bildungsplanerischen Instanzen.

Da Mobilitätshemmnisse zu einem sicher nicht unbeträchtlichen Teil auch auf mangelnde Transparenz beider Marktseiten zurückzuführen sind, wäre es Aufgabe der zuständigen Arbeitsmarktinstanzen - aber auch der Bildungsinstanzen, in dem oben beschriebenen Sinne aufklärend tätig zu werden, um bereits von daher unnötige Mobilitätshemmnisse abzubauen.

¹⁷⁾ Kellermann, G., Lehrerausbildung, Reform der Reformen, Weiter oder zurück?, in: Deutsche Universitätszeitung/Hochschuldienst (DUZ/HD) 14/78, S. 429 ff.